

13.11.2009 – Denkschrift gegen die Auswirkungen der PAC-Entwicklungsprojekte in indigenem Territorium

APIB Dokument Nr. 12 – 13.11.2009

Die „Artikulation der Indigenen Völker Brasiliens“ APIB (*Articulação dos Povos Indígenas do Brasil*), Dachverband der indigenen Organisationen Brasiliens APOINME (Artikulation der Indigenen Völker des Nordostens Minas Gerais und Espírito Santo - *Articulação dos Povos Indígenas do Nordeste Minas Gerais e Espírito Santo*), ARPIPAN (Artikulation der Indigenen Völker von Pantanal und Umgebung - *Articulação dos Povos Indígenas do Pantanal e Região*), ARPINSUL (Artikulation der Indigenen Völker aus dem Süden - *Articulação dos Povos Indígenas do Sul*), ARPINSUDESTE (Artikulation der Indigenen Völker aus dem Südwesten - *Articulação dos Povos Indígenas do Sudeste*), ATY GUASSÚ (Große Versammlung des Volkes Guarani - *Grande Assembléia do Povo Guarani*) und COIAB (Vereinigung der Indigenen Völker des brasilianischen Amazonas / *Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira*), sieht sich mit der Entschlossenheit der Lula-Regierung konfrontiert, um jeden Preis Vorhaben des Programms zur Wachstumsbeschleunigung (PAC - Programa do Aceleração do Crescimento) umzusetzen, die direkt oder indirekt die indigenen Gebiete bedrohen.

Dies ist unsere Haltung hierzu:

Wir lehnen den angekündigten Bau des Wasserkraftwerks von Belo Monte in Pará vehement ab. Auch die Umleitung des Flusses São Francisco in Pernambuco, den Bau des Hafens Porto Brasil in São Paulo, den Bau des Wasserkraftwerks von Estreito in Tocantins, den Bau der Wasserkraftanlage am Fluss Madeira in Rondônia, den Bau des Wasserkraftwerks im Flussbecken Tibagi und der Pequenas Centrais Hidrelétricas (PCHs – zentrale kleine Wasserkraftwerke) in Paraná, den Bau von vier PCHs in Santa Catarina, den Bau von drei PCHs in Rio Grande do Sul, den Bau der PCHs im Parque do Xingu, die Errichtung von Alkoholfabriken (für Biosprit) im Pantanalgebiet in Mato Grosso do Sul, die Pflasterung der BR 319 im Amazonas und der BR 163 in Mato Grosso und Pará, und alle weiteren, indigene Gebiete und isoliert lebende indigene Völker betreffende Unternehmungen lehnen wir ab. Denn unseren Völkern wurde zuvor nicht das Recht auf freie und sachkundige Beratung im Vorfeld (FPIC) eingeräumt, wie es im Abkommen 169 der internationalen Arbeitsorganisation ILO festgelegt und in unserem Land 2004 gesetzlich verankert wurde. Laut dem Präsidenten der (brasilianischen Indianerbehörde) Funai, Herrn Márcio Meira, befanden sich im ersten Halbjahr 2008 insgesamt 346 Vorhaben in verschiedenen Stadien der Bewilligung, die sämtlich indigene Gebiete betreffen. Dabei ging es in 33% der Fälle um Wasserkraftwerke, zu 19% um Fernstraßen, zu 18% um Stromverteilung und Überlandleitungen und ansonsten um den Abbau von Bodenschätzen, um Pipelines, Schifffahrtswege, Eisenbahnstrecken u.a. Quelle (ISA, Abkommen 169 der ILO, indigene Völker und Stämme betreffend: Chancen und Herausforderungen bei der Umsetzung, 2009. Seite 323-324).

Dadurch missachtet die Regierung von Präsident Lula die nationalen Umweltrichtlinien und die Rechte der indigenen Völker wie sie im Grundgesetz und in der internationalen Gesetzgebung, die von Brasilien unterzeichnet wurde, ausgeführt wurden (Abkommen 169 der ILO und der Deklaration der UNO).

Von den o. g. Vorhaben werden gewiss nur die Großgrundbesitzer, die Agrarindustrie und internationalen Unternehmen profitieren, zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung, insbesondere der indigenen Völker, die die nationalen Ressourcen und die Biodiversität unserer Gebiete seit Tausenden von Jahren bewahren und damit auch zur Milderung des Klimawandels und zum Wohl der Menschheit und des Planeten insgesamt beigetragen haben.

Im Vorfeld der 15. [Klima-] Konferenz der Parteien (COP 15) mit dem geplanten neuen Klimaabkommen erfüllt uns die Entscheidung der brasilianischen Regierung für ein Entwicklungskonzept mit Erstaunen, das die bestätigten Beeinträchtigungen des Klimas in unserem Land - Überflutungen, Dürre, Versteppung, Umweltzerstörung und -verschmutzung, Verfremdung des natürlichen Gleichgewichts, der Kultur und sozialen Organisation der traditionellen Gemeinschaften und unserer eigenen Völker - nur noch verschlimmert.

Entgegen der Wahlversprechen, insbesondere derer, die unseren Führern und Organisationen in der zweiten Amtszeit gegeben wurden, hat die Lula-Regierung bisher noch keinen Willen gezeigt, die uns betreffenden gewichtigen Probleme zu beseitigen.

Noch immer leiden wir darunter, dass uns eine effizienten öffentlichen Politik fehlt, die uns differenzierte Bildung und Gesundheit, selbstversorgende Entwicklung und Lebensmittelsicherheit garantiert, um der Kriminalisierung unserer Führer entgegenzuwirken und Probleme wie Alkoholismus, Selbstmord, Prostitution und Drogenhandel in unseren Gemeinden zu bekämpfen.

Angesichts dessen lehnen wir die autoritäre Handlungsweise der Regierung ab, mithilfe des Ministeriums für Bergbau und Energie, der Casa Civil, des brasilianische Instituts für Umwelt und Erneuerbare Naturressourcen (IBAMA) und der Nationalen Stiftung der Indios (FUNAI) viele der genannten Projekte ohne Unterschied und erzwingen zu wollen, ohne der physischen und kulturellen Unversehrtheit unserer Völker und künftiger Generationen auch nur die geringste Bedeutung beizumessen.

Angesichts der o.g. Tatsachen bestätigen wir erneut unsere Forderungen, die wir seit Amtsantritt der Lula-Regierung wiederholt kundgetan haben.

1. Abgrenzung, Rückzug von Eindringlingen, Schutz und Nachhaltigkeit der indigenen Gebiete, insbesondere in den kritischen Fällen der Kaiowá-, Terena- und Ofaié Xavante-Völker in Mato Grosso do Sul, und des Xetá-Volkes in Paraná.
2. Die Anerkennung des neuen Statuts der indigenen Bevölkerung gemäß unserer Interessen; Anerkennung des Gesetzes (PL) do Conselho Nacional de Política Indigenista (CNPI); die Zurückweisung anti-indigener Gesetzesinitiativen (PLs - öffentliches Recht, PECs – Vorschläge von Verfassungsänderungen), die die Rechte umzukehren drohen, die den indigenen Völkern durch die Bundesverfassung von 1988 zugesichert wurden; und die Garantie der Anwendung des Abkommens 169 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO, der UN-Erklärung der Rechte indigener Völker und anderer Normen und Regelungen zum Schutz indigener Rechte, mit besonderer Gewichtung unseres Rechts auf freie und sachkundige Hinzuziehung im Vorfeld jedweder uns betreffenden Maßnahmen, wie die Autorisierung von Vorhaben die unser Land, unsere Völker und Kulturen beeinträchtigen könnten.
3. Die sofortige Schaffung eines Sonderministeriums für indigene Gesundheit
4. Indigene Bildung (Schüler/Lehrer): differenzierte Bildung, qualitative, vollständige Grund- und höhere Schulbildung, berufliche Weiterbildung, Zugang zu und Aufrechterhaltung von

Erwachsenenbildung mit besonderen, auf die Bedürfnisse der indigenen Völker zugeschnittenen Programmen.

5. Die Garantie für eine Stärkung und Anwendung der nationalen Umweltpolitik in unseren Gebieten.

6. Die Zusicherung unserer Mitwirkung bei Planung, Umsetzung und Auswertung öffentlicher Vorhaben, um dadurch unsere Forderungen und Interessen zu entsprechen, einschließlich der Mitwirkung bei der Diskussion und Durchführung der Neustrukturierung von Funai.

7. (Außerdem fordern wir,) dass der Präsident der offiziellen indigenen Behörde Funai, Márcio Meira, sein Amt spürbar zum Schutz der indigenen Rechte ausübt und alle Entscheidungen zur Erteilung von Lizenzen für jegliche Vorhaben, die direkt oder indirekt indigene Gebiete betreffen, aussetzt und sich ebenfalls umgehend um die Regulierung der Besitzverhältnisse von indigenen Gebieten kümmert; dies vor dem Hintergrund, dass die Regierung 2008 lediglich das indigene Territorium der Baú, des Kaiapó-Volkes von Pará, anerkannte, und selbst das mit einer beträchtlichen Verkleinerung der Fläche.

Angesichts der Unterlassungen und Gleichgültigkeit der Bundesregierung, insbesondere der Funai, der Organisation zum Schutz der indigenen Rechte, bestätigt die Artikulation der Indigenen Völker Brasiliens (APIB) ihre Entschlossenheit zur Kontrolle, indem sie auf nationalem und internationalem Niveau die Verletzung von und den Angriff auf die Rechte indigener Völker meldet, wie sie vom Abkommen 169 der ILO und der Deklaration der UNO zum Schutz indigener Völkerrechte bestätigt wurden, um die in der Verfassung zugesicherten indigenen Rechte zu erzwingen.

Brasília, 12. November 2009.